



Aus den Fugen

Alle Bundeswehreinheiten in Nordafrika und im Nahen Osten vergrößern die Instabilität dieser Regionen. Machtpolitischer Nutzen für die Bundesrepublik ist aus ihnen bisher nicht zu ziehen.
 Von Jörg Kronauer

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · FREITAG, 19. DEZEMBER 2014 · NR. 294 · 1,40 EURO · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Klare Frage

Antirussische Propaganda in der Ukraine: »Warum holt ihr nicht Königsberg zurück?« Interview

2

Wacklige Stütze

Italien: Staatspräsident Napolitano stützt »Reformkurs« der Regierung und verschiebt Rücktritt

6

Wichtige Pause

Kolumbien: FARC kündigen unbefristete Waffenruhe ab Sonnabend an. Von André Scheer

7

Scharfe Nachwäsche

Daimler Bremen: Nach Arbeitsniederlegung werden Beteiligte zu Personalgesprächen einbestellt

9

Viva la Revolución! Viva Cuba!



Fernando González

Ramón Labañino

Gerardo Hernández

Antonio Guerrero

René González

CANAL DEL MINISTERIO DE RELACIONES EXTERIORES CUBA

Jubel auf den Straßen von Havanna: Die »Cuban Five« sind endlich alle zu Hause! Kuba und die USA wollen Beziehungen normalisieren. Von André Scheer

In Havanna wird Geschichte geschrieben. Pünktlich um 12 Uhr mittags (Ortszeit) trat der kubanische Präsident Raúl Castro am Mittwoch vor die Kameras und ließ seine Landsleute jubeln, als er mitteilte, dass Antonio Guerrero, Gerardo Hernández und Ramón Labañino in ihre Heimat zurückgekehrt seien. Die drei Männer waren 1998 zusammen mit ihren bereits früher freigelassenen Genossen René González und Fernando González von der US-Polizei verhaftet worden, weil sie antikommunistische Terrorgruppen in Miami unterwandert hatten. Sie wollten auf diese Weise rechtzeitig Anschlagpläne aufdecken und die Durchführung von Attentaten auf Kuba verhindern. Nicht ohne Grund: Seit dem Sturz des von den USA gestützten Diktators Fulgencio Batista und dem Einzug Fidel Castros in Havanna 1959 wurden bei konterrevolutionären Verbrechen rund 3.000 Menschen ermordet. Die Terroristen konnten ungehindert von den nahen USA aus operieren und sich nach der Ausführung ihrer Taten dorthin flüchten. Bestrafung für ihre Aktionen mussten sie nicht fürchten. So lebt der frühere CIA-Agent Luis Posada Carriles, der die Organisation

des Bombenanschlags auf ein kubanisches Verkehrsflugzeug 1976 gestanden hat, bis heute unbehelligt in den Vereinigten Staaten.

Eine solche Rücksicht konnten die fünf Kubaner nicht erwarten. In einem Prozess, der von Beobachtern als unfair bewertet wurde, verurteilte sie die US-Justiz 2001 zu drakonischen Haftstrafen. Im Fall von Gerardo Hernández

Verhaftung nicht ein einziges Mal im Gefängnis besuchen.

In Kuba und weltweit feiern nun die Menschen, die sich seit mehr als anderthalb Jahrzehnten für die Freilassung der fünf Männer eingesetzt haben. Und es wächst die Hoffnung auf eine Normalisierung der Beziehungen zum feindlichen Nachbarn im Norden. Nach mehr als einem halben Jahrhun-

Insell besucht. In seiner zeitgleich mit der Rede Castros ausgestrahlten Ansprache kündigte Barack Obama an, er wolle Einschränkungen des Reise- und Wirtschaftsverkehrs lockern. Die Blockade ganz aufheben, wie es die UN-Vollversammlung erst vor wenigen Wochen wieder gefordert hat, kann er nicht. Dazu bräuchte er die Zustimmung des Kongresses, in dessen beiden Kammern inzwischen die Republikaner die Mehrheit haben – und die wettern bereits gegen die Verbesserung der Beziehungen.

Die *Junge Welt* hat dem kubanischen Volk in einem Schreiben zu dem großen Erfolg gratuliert. Zugleich wurde die bereits an René González und Fernando González gerichtete Einladung zur XX. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz am 10. Januar 2015 auch auf Antonio Guerrero, Gerardo Hernández und Ramón Labañino ausgeweitet. Nachdem es jahrelang immer wieder Grußbotschaften der fünf aus dem Gefängnis gegeben hatte, wäre es nun eine große Freude für die gesamte Solidaritätsbewegung, die fünf oder zumindest einen von ihnen endlich persönlich in Berlin begrüßen zu können, heißt es in dem Solidaritätsschreiben.

■ Siehe auch Seiten 3 und 8

„Wie Fidel im Juni 2001 versprach, als er sagte: »Sie werden zurückkehren!«, trafen heute Gerardo, Ramón und Antonio in unserem Vaterland ein.

Raúl Castro

waren es zweimal lebenslänglich plus 15 Jahren Gefängnis. Zudem litten sie unter verschärften Haftbedingungen. So waren Besuche von Angehörigen nur unter großen Schwierigkeiten oder gar nicht möglich. Gerardos Ehefrau Adriana Pérez O'Connor konnte ihren Gatten in den 16 Jahren seit dessen

dert wollen Havanna und Washington die diplomatischen Beziehungen wieder aufnehmen. In wenigen Monaten soll wieder eine Botschaft der Vereinigten Staaten in Kuba eröffnet werden, und John Kerry erklärte bereits öffentlich, er wolle nach 60 Jahren der erste US-Außenminister sein, der die

Mehrheit für neuen Afghanistan-Einsatz



Berlin. Der Bundestag hat am Donnerstag über einen neuen Militäreinsatz in Afghanistan abgestimmt. Rund 80 Prozent der Abgeordneten stimmten für die Beteiligung an der Mission »Resolute Support« (Entschlossene Unterstützung). 473 von 593 Abgeordneten votierten für den Einsatz am Hindukusch, 102 dagegen. 18 Parlamentarier enthielten sich. Die Mission soll den Kampfeinsatz der NATO nach 13 Jahren am 1. Januar ablösen. Bis zu 850 deutsche Soldaten sollen dabei im nordafghanischen Masar-i-Scharif und in der Hauptstadt Kabul eingesetzt werden. Zur Zeit sind noch rund 1.200 Bundeswehrsoldaten dort. Das neue Mandat ist auf ein Jahr befristet, der Ausbildungseinsatz soll aber insgesamt mindestens zwei Jahre dauern. Zur Zeit der heftigsten Kämpfe war die Bundeswehr mit 5.000 Soldaten in Afghanistan, 55 sind seit 2001 im bisher gefährlichsten Einsatz der Bundeswehr gestorben, 35 davon wurden bei Anschlägen oder in Gefechten getötet. Auf die Frage, ob die Deutschen sich auch nach dem Jahreswechsel weiter auf Tote einstellen müssten, sagte Brigadegeneral Harald Gante im nordafghanischen Masar-i-Scharif laut Nachrichtenagentur dpa: »Ich hoffe, dass wir es nicht müssen. Aber es ist Teil unseres Berufes, dass so etwas passieren kann. Und darüber sind wir uns auch bewusst.« Einzig die Linksfraktion fordert den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und statt der Truppenpräsenz verstärkte Hilfe beim zivilen Wiederaufbau. Der Bundestag wählte am Donnerstag vor der Abstimmung den SPD-Politiker Hans-Peter Bartels mit großer Mehrheit zu seinem neuen Wehrbeauftragten. Der 53jährige erhielt 532 von 598 abgegebenen Stimmen. 38 Abgeordnete stimmten gegen ihn, 28 enthielten sich. Im kommenden Mai wird Bartels den FDP-Politiker Hellmut Königshaus als »Anwalt der Soldaten« ablösen. Die Amtszeit beträgt fünf Jahre. Der Wehrbeauftragte veröffentlicht einmal im Jahr einen Bericht über Missstände in der Bundeswehr. (dpa/W)

jw wird herausgegeben von
 1607 Genossinnen und
 Genossen (Stand 5.12.2014)
 ■ www.jungewelt.de/lpg

